

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

11.4.1862 (No. 86)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 11. April.

N. 86.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgeld: die gepaltene Zeitung ober deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expediton: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, wofür auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Telegramme.

Atthen, 5. März. Englische und französische Schiffe sind nach Naplia abgegangen, um Familien (die englischen und französischen?) an Bord zu nehmen. Der Kanonenbooter der Festung gegen das Lager der königlichen Truppen dauert ununterbrochen fort. In Syra sind neue Unruhen ausgebrochen; es sind Truppen dahin abgegangen. Die Militärgenossen haben einen Ausbruchversuch gemacht. Bei Lamia ist eine albanische Türkenhorde eingebrochen und bis Droso gebrungen. Die Regierung hat Truppen gegen sie abgeschickt und Noten an die Pforte, sowie an die Schuzmächte gerichtet.

Paris, 10. Apr. (Männ. J.) Der heutige „Moniteur“ meldet: Der Erzbischof von Toulouse verordnete eine Jubelfeier der blutigen Episode des Religionskampfes (s. unten Paris). Die Regierung verbietet jede durch den Erzbischof verordnete Prozession und äußere Zeremonie.

Kopenhagen, 9. Apr. (Hf. Bl.) Der Reichsrath hat den Antrag der Regierung: „eine Million Thaler zur Anschaffung von gepanzerter Seewehr zu bewilligen, wovon 786,900 Thlr. auf Dänemark und Schleswig entfallen“, mit 46 gegen 1 Stimme angenommen.

St. Petersburg, 9. Apr. (Hf. Bl.) Das heutige „St. Petersburger Journal“ berichtet: „Der preussische Gesandte v. Bismarck-Schönhausen sei gestern in Abschiedsaudienz vom Kaiser empfangen worden.“ Der Kaiser ausweislich 58 Güterlooskäufe im Betrag von 823,000 Rubel nach 10,000 Böhmern haben sich zur Ueberlieferung nach der Krimm angeboten.

Turin, 8. Apr. Die heutige „Opinione“ schreibt: Der König reist am 15. d. nach Neapel. Nataszi kündigte der Kammer an, daß der König gestern das Ernennungsdekret des Advokaten Raffaele Conforti zum Minister der Justiz und des Kultus unterzeichnet habe.

Turin, 10. Apr. (Männ. J.) Der Kapitularvikar von Bologna wurde arretirt.

Moskau, 7. Apr. Am 3. haben die Moskener Gräner einen Angriff bei Spuz gemacht, wurden jedoch von den türkischen Truppen, namentlich einem Bataillon Jäger, mit Verlust zurückgeschlagen.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 10. Apr. Siebenunddreißigste öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitze des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Dr. Lamoy.

Das Sekretariat zeigt folgende Petitionen an:

- 1) Bitte der Gemeinde Ronstanz, um Erbauung einer Eisenbahn von Rodolfzell nach Wehrh; übergeben durch den Abg. Seitz.
 - 2) Bitte einer Anzahl Bürger von Durlach, um Aufhebung der Wafenmeisterlei; übergeben durch den Abg. Wappler.
- Der Abg. Baer erhalt wegen dringender Dienstgeschäfte auf einige Tage Urlaub.

*Ks. Helene.

(Fortsetzung aus Nr. 72.)

IV.

Blackwood hat also auf den Hund übergetauscht und ist heute Morgen nach Westindien fort.“ sagte der Admiral, als sie beim Frühstück sahen, zu seinen Töchtern.

„So ist gewiß ein Mißverständniß, Vater.“ sagte Helene.

„Nein, Einer von den West-Engelsteden hat mir's gesagt, der ihn mit seinen Risten im Land-Boot abfahren sah. — Was ist, Marie? Was ist Dir?“

„Marie war beinahe ohnmächtig vom Einfluß gesunken.“

„Fort — Vater?“ sagte Helene.

„Fort, ja, fort; was ist denn aber mit Deiner Schwester?“

„Es ist nichts, Vater, nichts — ich bin ganz wohl, dankt.“ und dessen zum Beweise brach sie in ein heiliges kramphastiges Weinen aus.

„Ich will für sie sorgen, Vater; sie ist unwohl, ich's schon.“

„So laß den Dester gleich kommen.“

„Nein, noch nicht; sie soll mit mir auf mein Zimmer gehen.“

Die Schwester süßte sie weg und der alte Herr griff zu seiner Zeitung, und konnte nicht begreifen, was mit den Weibern sei.

„Herr Gott, sie wird doch nicht um den Menschen; den Blackwood, ich kenne.“ Jetzt, da ich darüber nachdenke, öfter als Manche von ihnen was er hier. — Ich muß die Helene fragen.“

„Marie, holte sich bald, und unter irgend einem Vorwand würde Entzänne hinausgeschickt.“

„Liebe Marie, was machi Dich so krank? Sag' mir, ist mehr an der Sache als ich weiß. Sage mir's — Deiner Mutter, — Herz! — Und Marie, so innig aufgefordert, erzählte der mitterlichen Schwester Alles, wie er am Abend des Stapellaufs ihr gesagt habe, daß er sie liebe, und wie sie ihm gestanden, daß sie ihn liebe; und das sei erst vor vier Tagen gewesen; und nun habe er weder geschickt noch geschrieben

Die Tagesordnung führt zur Berathung des Berichtes des Abg. Friedrich über das ordentliche Budget des großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1862 und 1863, Tit. IX, X, und XI.

Bei Tit. IX, Kultus, wird nach einigen Bemerkungen der Abg. Prestinari, Schmitt, des Berichterstatters Friedrich und des Abg. Spohn der Kommissionsantrag, den Budgettag für 1862 mit 89,197 fl. 58 kr., für 1863 mit 89,797 fl. 58 kr. zu bewilligen, angenommen.

Tit. X, Universitäten. I. Die für die Universität Heidelberg beantragte ständige Dotationserhöhung von 14,000 fl. wird ohne Diskussion bewilligt.

Bezüglich der Universität Freiburg gibt der Kommissionsbericht zunächst eine Uebersicht über das Vermögen derselben, wobei der stehende Betriebsfond auf 1,231,758 fl. 31 kr. und der umlaufende Betriebsfond auf 47,638 fl. 47 kr. berechnet wird, und spricht am Schlusse den Wunsch aus: „Wöchten diese günstigen Ergebnisse mitwirken, der Universität Freiburg ihre frühere Blüthe wiederzugeben.“

Abg. Knies ist mit der in dem Kommissionsbericht gegebenen Darstellung nicht einverstanden, vielmehr geneigt, die Stellung Freiburgs gegenüber der Schwesteruniversität Heidelberg einer Uebersicht gegenüber zu vergleichen, während doch gerade Freiburg nicht allein als Universität, sondern für die Bildung des ganzen Oberlandes von bedeutendem Werthe und Einfluß sei. Es seien aber noch große Lücken bezüglich der nothwendigsten Bedürfnisse vorhanden, so habe z. B. die Universität in diesem Jahr nur über die Summe von 23 fl. für Neuanfassungen zu verfügen.

Redner hält ferner bei der Besprechung der Professoren die Einführung von Normalleuten, wenn auch nicht mit einer Grenze nach oben, so doch mit Minimalhöhen, wie dies bei den Mittelschulen schon der Fall, für erforderlich, geht sodann zu einer Kritik der in dem Bericht angelegenen tabellarischen Uebersicht über, wobei er namentlich darauf hinweist, daß dem stehenden Betriebsfond mit der Aufzählung von Geräthschaften eigentlich keine große Bedeutung beizumessen sei, da z. B. kostspielige vorhandene Apparate durch den Fortschritt der Wissenschaft werthlos werden könnten, und legt schließlich der Regierung dringend an's Herz, die vorhandenen Bedürfnisse der Universität, wenn es auf dem von der Regierung in's Auge gefaßten Weg vermittelst sich ergebender Ueberschüsse nicht gebe, auf andere Weise zu befriedigen.

Ein zweiter Wunsch, den Redner ausspricht, ist die Verlegung der Forstschule von Karlsruhe nach Freiburg.

Abg. Sieb unterstützt den vom Vorredner geäußerten Wunsch.

Der Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Lamoy: Es war die Absicht der Regierung, so viel für die Universität Freiburg zu thun, als sie gegenüber dem Stand derselben thun zu können glaubte; sie befindet sich aber hier, wie auch gegenüber der Universität Heidelberg und überhaupt in ähnlichen Fällen, in der Lage, den Ansprüchen der Interessenten nicht völlig nachkommen zu können. Er selbst sei gewiß der Universität Freiburg zugehan, und verkenne deren Werth als spezieller Landesuniversität nicht; man müsse aber gegenüber dem ohnedies erhöhten Anforderungen auch die Strengepflichtigen berücksichtigen. Zunächst besitze ja die Universität Freiburg noch eigene Mittel.

Bezüglich der Verbindung der Forstschule mit der Universität Freiburg sprechen neben den dafür wohl geltend zu ma-

henden Gründen doch gewiß auch solche dafür, daß die Forstschule hier in Karlsruhe nicht am unrechten Plage ist. Die Verlegung einer Anstalt von einem Plage, wo sie lange bestanden, an einen andern ist mit großen Schwierigkeiten verknüpft, und daß dies so ist, kommt am meisten der Universität Freiburg selbst zu gut, deren Verlegung man früher auch in Anregung gebracht hat. Sollte übrigens einmal eine Verlegung der Forstschule vorgenommen werden, so sei Freiburg der Ort, der am ersten berücksichtigt werde.

Abg. Schaaff hält die Frage, daß die Universität Freiburg verlegt werden könne, für unmöglich. Was die namhaft gemachten Bedürfnisse betreffe, so werde die Regierung wohl die Mittel gewähren, daß diese treffliche Anstalt nicht verkümmere.

Der Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Lamoy: Für die künftige Budgetperiode würde man vielleicht einen Staatszuschuß beantragen, für die jetzige werde derselbe jedoch nicht gewährt werden.

Abg. Knies: In dem vom Abg. Knies geäußerten Wunsch der Verlegung der Forstschule von Karlsruhe würde auch für ihn (den Redner) eine Aufforderung zu einer oratio pro domo liegen, wenn er es liebte, Reden ohne eigentlich praktisches Ergebnis zu halten. Die Sache sei wohl damit entschieden, daß das Ministerium die Frage der Verlegung schon früher in Erwägung gezogen und sich gegen die Verlegung erklärt habe.

Abg. Fauler macht, den Wünschen des Abg. Knies sich anschließend, noch auf den weiteren Mißstand aufmerksam, daß die Anatomie eine gesundheitsgefährdende Lage mitten in der Stadt Freiburg habe.

Abg. Kirsner findet es auffällig, daß der Abg. Schaaff, als Volksvertreter, eine Aufforderung zu außerordentlichen Ausgaben, gleichsam eine Vollmacht zu Budgetüberschreitungen geben wolle, und spricht der Regierungsbank seinen Dank aus, daß zuerst von ihrer Seite dagegen Einsprache erhoben worden sei.

Berichterstatter Friedrich: Daß der Regierung die Universität Freiburg am Herzen liege, sehe man schon daraus, daß in dem außerordentlichen Budget eine Summe von 75,000 fl. für Erbauung einer Entbindungsanstalt in Aussicht genommen sei. Der Bemerkung des Abg. Kirsner stimme er vollständig bei.

Abg. Knies verteidigt seine Ansicht.

Der Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Lamoy: Die Staatskasse könne nicht in die Lage kommen, aus eigenen Mitteln Zuschüsse leisten zu müssen; die Bedürfnisse müssen aus den Mitteln der Universität bestritten werden, schimmten Falls würde dann ein Defizit entstehen und schließlich der Grundstock angegriffen werden müssen. Nur könnte dann etwa auf dem nächsten Landtage ein kleiner Staatszuschuß beantragt werden.

Die Wünsche des Abg. Knies seien solche, für deren Erfüllung zur Zeit nicht die allerringigste Gewähr zugesichert werden könne.

Abg. Schaaff: Er müsse den Verdacht von sich abweisen, als habe er die Regierung zu einem Administrativkretiv veranlassen wollen.

Die bisherige Detachon der Universität Freiburg mit jährlichen 48,964 fl. wird hierauf genehmigt.

II. Gelehrten- und Volksschulunterricht.
Bei S. 3, A. Oberlehrer, hatte die Kommission

„Die Mutter ist in ihrem Zimmer, Fräulein Newton.“ sagte eine der klugen jungen Damen, welche Helene am Stapellauf-Tag gesehen hatte. „Robert ist eben heute fort, und sie ist heute für Niemand zu sprechen.“

„Für mich doch wohl, wenn Sie ihr sagen, ich wünsche sie in einem besondern Anliegen zu sprechen.“

„Ich glaube nicht; sie hat so bestimmt gesagt, man solle sie nicht stören.“

„Meine liebe Fräulein Blackwood, ich muß Ihre Frau Mutter heute sprechen, und zwar ehe ich dieses Haus verlasse — soll' ich bis Mittwoch bleiben — muß ich sie sprechen.“

Helene sagte Das in einem Tone und mit einer Mine, die keinen Zweifel über ihr Bleiben ließ, und begann Hut und Mantel abzuliegen.

„Nun denn, ich will die Mutter fragen; aber recht hart finde ich es doch von Ihnen, eine Unterredung zu erzwingen, jetzt, bei Ihrem großen Kummer.“

„Ich habe nichts wider Ihre Frau Mutter, will ihr nicht weh thun; allein sprechen mich und will ich sie.“

Fräulein Blackwood entfernte sich und kam in einer Viertelstunde zurück.

„Die Mutter sagt, sie könne Sie unmöglich sprechen; sie ist so unwohl und ganz außer Stand, eine Unterredung mit irgendwem jetzt anzuhalten.“

„Es thut auch mir leid, aber ich werde und muß sie sprechen — und zwar allein — mein Kummer ist so groß wie Ihrer, wiewohl anderer Gestalt. Sprechen will ich sie — will abwarten, bis es ihr gelegen ist — den ganzen Tag dableiben — aber sprechen muß ich sie.“

(Fortsetzung folgt.)

anfänglich beantragt, die Zahl der 7 in Aussicht genommenen Räte auf 6 zu vermindern.

Berichterstatter Friedrich erklärt jedoch, daß die Budgetkommission davon wieder abgegangen sei, und nun die Bewilligung der Regierungsforderung in dieser Beziehung beantragt, da man von der Voraussetzung ausgehe, daß auch die Gewerbschullehrer der neuen Behörde unterstellt würden.

Der Kommissionsbericht bemerkt weiter:

„Die Aufnahme von 2 Sekretären auf den Besoldungssatz können wir nicht empfehlen; wenn wir auch nicht in Abrede stellen, daß diese Arbeitskräfte zu genehmigen sind, so halten wir die Kreierung von Stellen mit Staatsdiener-Eigenschaft nur da für nöthig, wo es das Interesse des Dienstes gebietet; wir stellen den Antrag, hier eine Besoldung mit 1000 fl. zu streichen und auf dem Gehaltetat eine Summe von 600 fl. für einen zweiten Sekretariatspraktikanten beizuschlagen. Hierdurch stellt sich die Durchschnittsbesoldung der Kanzlei-Beamten auf 1133 fl.“

Es entspinnt sich über die Organisation der obersten Schulbehörde und damit zusammenhängende Fragen eine längere Debatte, die wir nebst dem Schluß der Sitzung morgen nachtragen werden.

Wir bemerken vorläufig nur, daß schließlich für die Position S. 3, Oberschulrath, die Summe von 29,670 fl. statt der geforderten 30,570 fl. bewilligt wird.

Bei S. 4 wird für Turnunterricht, beziehungsweise die Errichtung einer Anstalt für Bildung von Turnlehrern die Summe von jährlich 8250 fl. gefordert.

Der Kommissionsbericht bemerkt hierzu:

„Die Vorlage enthält unter 6 verschiedenen Positionen eine Summe von 8250 fl., welche in dem ordentlichen Budget aufgenommen werden sollen, um die Mittel für Befordnungen u. zu haben für Ertheilung und Einführung des Turnunterrichts an den öffentlichen Lehranstalten des Landes. Es soll zu diesem Zweck eine Zentralanstalt in Karlsruhe gegründet werden, in welcher in erster Linie die Lehrer ausgebildet werden, welche in Zukunft an den Schulen Turnunterricht zu ertheilen haben.“

Wir verkennen keineswegs die Bedeutung der Ertheilung gymnastischen Unterrichts; wir haben die Nothwendigkeit derselben vor Allem bei dem Militär einzusehen Gelegenheit; wir halten dieselbe für die Ausbildung eines tüchtigen Soldaten als unentbehrlich; die Kriegsführung der Neuzeit hat dieses schlagend bewiesen; die bessere Führung der Waffen, die leichtere raschere Bewegung der Massen nimmt mit der Beweglichkeit und Gelenkigkeit der einzelnen Körper zu; diese bei dem Militär bis zum höchsten Grad anzubilden, halten wir eben so dringend geboten, wie die Beschaffung gezogener Waffen, wenn nicht die Söhne des Landes besser geschulten und geübteren Truppen gegenüber im Kampfe geopfert werden sollen. Wir sind auch einverstanden, daß, um diesen Unterricht mit gutem Erfolg bei dem Militär zu geben, schon in den Schulen damit begonnen werden sollte; es werden die Fertigkeiten bei jungen Körpern, welche noch die nöthige Elastizität besitzen, viel rascher aufgenommen, als in späteren Jahren. Für die Aufnahme des Turnunterrichts unter die obligatorischen Lehrgegenstände der Volksschulen können wir uns nicht aussprechen; wir halten dafür, daß es vorerst die Aufgabe sein wird, dafür Sorge zu tragen, daß an den Seminarien dem Turnunterricht mehr Zeit gewidmet werde, und daß diese ihre Aufgabe auch nach dieser Seite des Unterrichts erkennen, weil hiermit die Möglichkeit gegeben ist, dem Turnunterricht eine allgemeine Ausdehnung zu geben, wenn die Zeit hier nach drängt. Neben den Mitteln für Unterricht an den Seminarien, sind wir bereit, auch solche zu bewilligen, woraus einzelnen Lehrern an verschiedenen Anstalten Gehalte zugewiesen werden für Ertheilung des gymnastischen Unterrichts; wir finden dies beinahe bei sämtlichen Mittelschulen; wenn die große Regierung, neben den Summen, welche bisher zu diesem Zweck ausbezogen worden, noch eine Position im Budget zur Verfügung erhält, um damit dem Turnen an den Schulen mehr Aufschwung zu geben, so wird hiermit der Eifer von Seiten der Lehrer mehr angepornt werden und die allmähliche Einführung dieses Unterrichts angebahnt sein.

Wir beantragen, für Ertheilung des Turnunterrichts an den Seminarien und für Remunerationen der Lehrer, welche sich in Ertheilung dieses Unterrichts an den übrigen Lehranstalten des Landes auszeichnen, wie überhaupt für Förderung des Turnwesens eine Summe von jährlichen 3000 fl. in das Budget aufzunehmen.

Die Gründung einer Zentralanstalt für Turnunterricht können wir nicht empfehlen.

Nach längerer Debatte wird der Antrag des Abg. Lamey von Pforzheim auf Bewilligung der ganzen geforderten Summe von 8250 fl. angenommen.

Die weiteren Titel veranlassen keine besondere Diskussion und wurden nach den Anträgen der Kommission unverändert bewilligt; worauf die Sitzung nach 5stündiger Dauer um 2 Uhr geschlossen wird.

++ Karlsruhe, 10. Apr. Achtunddreißigste öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Freitag den 11. April, Vormittags 10 Uhr: 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Erhaltung und Berathung von Berichten der Petitionskommission.

Deutschland.

V Karlsruhe, 10. Apr. Am 7. und 8. dieses Monats fanden in dem Mädcheninstitut von Fräulein Donat unter der freundlichen und umsichtigen Leitung des Hrn. Dekans und Geistlichen Raths Gah die jährlichen Prüfungen in gewohnter Weise statt. Am Nachmittag des zweiten Tages hatten Ihre Königl. Hoheit die Großherzogin Luise die Gnade, in Begleitung Ihrer Durchl. der Prinzessin zu Wied, der Hofdame Freihräulein v. Ungern-Sternberg und des Kammerherrn Hrn. v. Edelsheim, die Anstalt mit höchstlicher Gegenwart zu beehren und längere Zeit der Prüfung beizuwohnen. Wurden schon dadurch alle Anwesenden

in eine freundliche, dankbare Stimmung versetzt, so machte es auf Alle den erhabensten und wohlthätigsten Eindruck, als Ihre Königl. Hoheit den aus der Anstalt Scheidenden Schulrinnen in herzlichen Worten die Wichtigkeit ihres Schrittes ans Herz legte und der Anstalt auch fernerhin das beste Gedeihen wünschte. Wir freuen uns der warmen Theilnahme, welche die hohe Frau dieser so segensreich wirkenden Anstalt fortwährend schenkt, und wünschen von Herzen, daß ihr dieselbe auch fernerhin in gleichem Maße erhalten bleibe.

* Pforzheim, 8. Apr. Die hiesige höhere Mädchenschule hat so eben ihren Jahresbericht für das nun abgelaufene Schuljahr veröffentlicht. Wir entnehmen demselben, daß durch Erlass großh. Ministeriums des Innern die Anstalt als eine öffentliche erklärt wurde. Ferner spricht sich das Vorwort noch über den mit der Mädchenschule verbundenen Fortbildungskurs aus, der von den die eigentliche Schule durchlaufenden Mädchen besucht wird, und gedenkt dann der neuen Aufgabe der Bildungsanstalt für Mädchen, im Hinblick auf die bevorstehenden veränderten gewerblichen Zustände auch dem weiblichen Geschlechte diejenige praktische Beschäftigung selbstthätig einzugreifen. Wir fügen dem bei, daß dem genannten Bedürfnis in unserm Nachbarlande Württemberg bereits schon an mehreren Orten Rechnung getragen wurde, indem in besonders gewerbtreibenden Städten für Mädchen ein besonderer Unterrichtsкурс im kaufmännischen Rechnen, in der Buchführung und verwandten Gegenständen eingeführt wurde. Die Zahl der eigentlichen Schülerinnen der Mädchenschule betrug im letzten Jahr 160, die des Fortbildungskurses 16, zusammen also 176.

München, 8. Apr. Man schreibt dem „Nürnb. Korresp.“: Das k. Staatsministerium des Handels u. wird den von Preußen mit Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrag, sobald ihm derselbe in offizieller Fassung mitgeteilt ist, den sämtlichen Handels- und Fabrikanten des Landes zur Begutachtung vorlegen, so daß die zunächst bei dem Vertrag Beteiligten genügende Gelegenheit erhalten, sich über denselben auszusprechen.

Frankfurt, 7. Apr. (N. Frk. Z.) Die Zimmergejellen, denen sich auch die Maurergesellen angeschlossen, haben heute ihre Arbeiten eingestellt, weil sie höhern Lohn verlangen. Ein Antrag hiesiger Meister beim Ranzier-Gouvernement, ihnen die unter der hiesigen Bundesgarantien befindlichen Baubandwerker zur Verfügung zu stellen, soll abschläglich beschieden worden sein.

Kassel, 6. Apr. (Hess. M. Z.) In Kirschheim wurde vorgestern mit der Pfändung gegen die Sienerverweigerer, jedoch ohne Pionniere, sondern nur durch den Rentereidener der Anfang gemacht.

Kassel, 7. Apr. (Hess. M. Z.) Die zur Wahl von zwei Abgeordneten hiesiger Stadt zuletzt berufen gewesenen Personen haben eine Eingabe an die Bundesversammlung gerichtet, in welcher sie darauf hinweisen, daß nach Anschauung des Landes nur allein das Wahlgesetz vom 5. April 1849 unter dem verfassungsmäßigen Bege verstanden werden könne. Dieselben haben als Beleg die 16,884 Unterschriften zählenden, im Dez. v. J. der Beschlagnahme glücklich entgangenen Exemplare der an den Kurfürsten bestimmten, die Herstellung des vollen Rechts betreffenden Adresse, sowie die von der letzten Abgeordnetenversammlung an den Landesherren gerichtete, vom Ministerium aber dem Alterspräsidenten Bauspel zurückgegangene Adresse beigelegt. Das Schriftstück ist von allen Wählern mit Ausnahme einiger wenigen, welchen es aus Gründen nicht vorgelegt wurde, unterschrieben und gestern Abend an den Anwalt Dr. Zucht in Frankfurt behufs Abgabe an die Bundesversammlung abgesandt worden.

X Koblenz, 9. Apr. Am vorgestrigen und gestrigen Tage hat hier die Versammlung der Bevollmächtigten der Rheinuser-Staaten, sowie mehrerer zugezogenen Techniker stattgefunden, welche die Frage entscheiden sollten, ob die hier projektirte stehende Rheinbrücke in der Form gewöhnlicher Eisenbahn-Brücken oder in der von unserer Regierung in Vorschlag gebrachten Bogensform gebaut werden solle. Nachdem die Techniker sich gütlich dahin ausgesprochen, daß die dem Plane gemäß beabsichtigte Einrichtung der festen Brücke nach dem gedachten Systeme mit keinerlei Nachtheilen oder Unbequemlichkeiten für die Rheinschiffahrt verbunden sei, auch sonst keine technischen Bedenken obwalteten, haben die Bevollmächtigten ohne Ausnahme die Erklärung abgegeben, daß ihre betreffenden Regierungen gegen den Bau Nichts einzuwenden hätten und ihre Genehmigung dazu zu ertheilen keinen Anstand nähmen. Das Protokoll über die Sitzungen ist sofort nach Berlin befördert worden.

Gestern hat hier die feierliche Einweihung der neu erbauten Freimaurer-Loge stattgefunden, zu welcher eine Deputation des Ordens aus Berlin hergekommen war. Das Gebäude ist eben so zweckmäßig als schön und hat eine bedeutende Summe gekostet.

Weimar, 7. Apr. (Fr. P.-Ztg.) Heute wurde die Jagden schädigung zu Ende geführt, indem die meisten Gesetzparagraphen mit geringen Modifikationen angenommen wurden. Es sind mehrere Klassen bestimmt und der Abzug des Wildschadenbetrags hinzugefügt worden. Das Entschädigungskapital wird vom Tage der Gesetzpublikation mit 3/2 Prozent verzinst, und die Anmeldungen der Jagdberechtigten, welche Entschädigung fordern, müssen binnen 4 Monaten nach der Publikation erfolgen. Sodann wurde der Einnahmestat berathen und von einer Erhöhung zufolge der Erklärung des Finanzministers Thon, daß durch den Zollvertrag mit Frankreich unsere Kasse einen vermuthlichen Ausfall von 10,000 Thlrn. erleiden würde, abgesehen.

Braunschweig, 7. Apr. Gestern fand in Schöningen eine Versammlung von Mitgliedern und Freunden des Nationalvereins statt, an welcher auch viele Preußen

Theil nahmen, und worin u. A. Lucius aus Braunschweig und Medeker aus Hannover als Redner auftraten. Die Resolutionen, welche die Versammlung mit Einstimmigkeit annahm, betreffen das Festhalten der deutschen Nationalpartei an dem preussischen Volke; die Nothwendigkeit liberaler Wahlen in Preußen auch für den Sieg der liberalen und nationalen Sache in dem übrigen Deutschland; die Sympathie für den muthigen Kampf der Schleswig-Holsteiner und Kurhessen für ihr gutes Recht.

* Kiel, 7. Apr. Große Sensation macht die plötzliche Entfernung des bisherigen Bürgermeisters Stadtraths Kirchhoff von seinem Posten und seine Ersetzung durch den gleichzeitig zum Wirkl. Stadtrath ernannten Advokaten Bargum. Ersterer ist ein in allgemeiner Achtung stehender Mann, Letzterer war Präsident der Landesversammlung zur Zeit der schleswig-holsteinischen Erhebung und ist später auf den dänischen Standpunkt übergetreten und auch aus einem Prozeß wegen Unterschlagung und Versuch des Betrugs und der Fälschung nicht ganz sauber hervorgegangen. Die Nichtstimmung über diesen Vorfalle ist allgemein. Borgum's Abtritt eine Versammlung von 3- bis 400 der angesehensten Bürger zusammen und vereinigte sich ohne den mindesten Widerspruch zu der Erklärung, daß Dr. Bargum die Achtung und das Vertrauen seiner Mitbürger nicht besitze.

* Berlin, 8. Apr. Der Evangelische Oberkirchenrath hat nach der „Presl. Ztg.“ behufs der nächsten Wahlen für das Abgeordnetenhaus ebenfalls an die Konstitution eine Verfügung ergelien lassen, die jedoch keinen schärferen Parteipunkt einnimmt. Es wird darin gesagt, daß es nicht Sache der Kirche ist, sich an den Wahlagitationen zu betheiligen; gleichzeitig wird die Hoffnung ausgesprochen, daß kein Geistlicher sich zu einem extremen Schritte hinreissen lassen werde. Im Allgemeinen wird bemerkt gemacht, daß ergerliche Parteibestrebungen sich mit dem geistlichen Stande nicht wohl vereinigen. Es soll jedoch dem Geistlichen in seiner Doppelstellung zur Kirche und zum Staate sein persönliches Recht nicht verkümmert werden. Schließlich wird auf den Ausdruck der Schrift hingewiesen: Fürchte Gott und ehre den König!

Die „Presl. Allg. Ztg.“ meint, daß es nach der Veröffentlichung des Heyd'schen Briefes für Hrn. v. Patow nur eine Antwort gebe: Veröffentlichung des Programms, welches seine Entlassung herbeiführt hat. — Die „Volkzeitung“ schließt einen Artikel über das „umgekehrte Geschäft“ der auf das Ministerium übergegangenene Neigung der liberalen Partei zu Geldkonzeptionen gegen politische mit den Worten: „Rein: Geldopfer für Liberalismus war kein rechtliches Geschäft; Geldsparen für Reaktion aber wäre ein gar schlechtes.“

Von einem Theil der höhern Aristokratie scheint der Versuch der Bildung einer Antigen-Kreuzzeitungs-Partei gemacht werden zu wollen, die sich „monarchische Verfassungs-partei“ nennt. Der Plan geht nach den „Samb. Nachr.“ von dem Herzog von Ratibor und den Prinzen von Schleswig-Holstein-Augustenburg aus.

* Berlin, 8. Apr. Von dem Zentralwahlkomitee der Fortschrittspartei ist folgender Aufruf an die Kaufleute und Fabrikanten veröffentlicht worden:

Der Hr. Minister des Innern hat bestimmt, daß die Wahl der Wahlmänner Montag den 28. d. M. geschehen soll. Es ist dies gerade derjenige Tag der Leipziger Messe, an welchem nach altem Brauch die Hauptgeschäfte in Leipzig stattfinden. Eine große Zahl preussischer Wähler hat daher dringende Veranlassung, an dem Wahltag nicht am Wahlort, sondern in Leipzig gegenwärtig zu sein. Da nun weder auf eine Verlegung des Wahltermins zu rechnen, noch eine offizielle Vertheilung der am Wahlort befindlichen Messgeschäfte thunlich ist, so richten wir an die preussischen Besucher der Leipziger Messe die dringende Bitte, so weit es ohne allzu großen Nachtheil irgend geschehen kann: jene Geschäfte thätig auf einen spätern Tag zu verlegen, ihren Kunden dies in Briefen anzuzeigen und am 28. d. M. bei den Wahlen zu erscheinen. Der Nachtheil wird um so geringer sein, je größer die Zahl der Kaufleute und Fabrikanten ist, welche das angegebene Verlangen einschlagen. Ganz besonders legen wir es den Herren Kaufmännern an das Herz sie mögen in Preußen oder einem andern Theile Deutschlands wohnen, die Ankunft der am Montag fehlenden preussischen Fabrikanten, welche die Erfüllung einer patriotischen Pflicht an ihren Wohnort festsetzt, abzuwarten. Wir richten die obige Bitte an die Wähler aller politischen Farben, denn wir wünschen eben so wenig unsere Gegner, wie unsere Freunde vom Wahlort ausgeschlossen zu sehen. Wir werden die Firmen, welche uns ihren zustimmenden Entschluß anzeigen, in den hiesigen Zeitungen veröffentlichen. Die Wähler machen wir darauf aufmerksam, daß es gesetzlich vollkommen zulässig ist, Kaufleute und Fabrikanten, welche am 28. d. M. nicht gegenwärtig sein können, dennoch zu Wahlmännern zu wählen, und haben sich dieselben innerhalb drei Tagen über die Annahme der Wahl zu erklären. Solche und andere Wahlmänner sind aber ernstlich zu verpflichten, bei der Wahl der Abgeordneten am 6. Mai jedenfals zu erscheinen. Die Annahme des Mandats als Wahlmann und das Ausbleiben beim Wahlort, wenn es nicht ganz unvermeidlich eintritt, ist eine offenbare Pflichtvergeßenheit. Wir ersuchen sämtliche deutsche Zeitungen um Aufnahme dieses Aufrufs. — Berlin, den 7. April 1862. Das Zentral-Wahlkomitee der deutschen Fortschrittspartei.

++ Weimar, 7. Apr. Der König und die Königin sind gestern Abend nach Weimar abgereist. Der König wird morgen Abend, die Königin am nächsten Samstag hier wieder eintreffen. — Der Protest, den Rektor und Senat der hiesigen Universität gegen den ministeriellen Wahlverlaß eingelegt, hat einen mächtigen Eindruck auf die Bevölkerung der Hauptstadt gemacht. Der akademische Senat besteht außer dem Rektor Dr. Magnus, dem Universitätsrichter Ebnert und den Dekanen der vier Fakultäten (Niedner, Gneiss, Reichert, Dove), zur Zeit aus den Professoren Zweifen, Bessler, Bödy, Rudorff, Trendelenburg und Haupt.

* Berlin, 9. Apr. Man ist dem Einsender des „Presl. Voss. Ztg.“ anonym zugegangenen Schreibens des Hrn. v. d. Heydt auf die Spur gekommen. Der „Publizist“

